Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg



Außenwirtschaft aktuell

11/2026

Seminare 4

Veranstaltungen und Unternehmerreisen 4

Webinar „Fit für Zentralasien“ am 3. November ... 4
Webinar „Die USA nach den Midterms“ am 5. November ... 4
Wirtschaftsdialog „China & Nordwest“ am 10. November in Emden ... 4
Digitale Informationsveranstaltungen zur Reform des Unionszollkodex ... 5
Business-Roundtable Australien am 18. November in Emden ... 5
Market Access Day am 18. November in Hamburg ... 6
Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum am 20. November in Berlin ... 6
Webinar „CBAM - Neue Entwicklungen und Praxistipps“ am 26. November ... 6
Veranstaltung „Marokko - Geschäftschancen und Investitionspotential“ am 27. November in Oldenburg ... 6
Veranstaltung „Geopolitisches Risikomanagement in der Praxis“ am 2. Dezember in Oldenburg ... 7
Informationstag Exportkontrolle am 10. Dezember in Frankfurt/M. ... 7
Deutsch-Französischer Wirtschaftstag am 11. Dezember in Berlin ... 7
Delegationsreise nach Japan, 30. Januar bis 6. Februar 2027 ... 7

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 8

Deutschland: Änderungen in der Außenwirtschaftsverordnung ... 8
Deutschland: EORI-Nummer nur noch über ATLAS ... 8
Deutschland: Verpflichtende Nutzung von ATLAS-ZELOS in der Einfuhr ab 1. Februar 2028 ... 8
EU: Abfertigungspauschale bei der Einfuhr von Sendungen im e-Commerce ... 9
EU: Änderungen bei der A1-Bescheinigung geplant ... 9
EU: Andorra und San Marino unterzeichnen Assoziierungsabkommen ... 9
EU: Antidumpingzölle gegen chinesisches Erbsenprotein ... 9
EU: Erleichterung für Einfuhren aus Armenien ... 10
EU: Handelsvereinbarungen mit China ... 10
EU: Neue zusätzliche Zölle auf Stahlerzeugnisse - Y-Codierungen ... 10
EU: Parlament positioniert sich zu China-Handelsbeziehungen ... 11
EU: Schutzmaßnahmen gegen Einfuhren von kornorientiertem Elektrostahl ... 11
EU: Veröffentlichung der Zollreform im Amtsblatt ... 11
Moldau: Digitales Carnetverfahren ab 1. Januar 2027 ... 11
Niederlande: Häufig gestellte Fragen zur PPWR ... 11
Philippinen: Einigung auf Handelsabkommen mit der EU ... 12
Vereinigte Arabische Emirate: Digitales Carnetverfahren ab 9. November 2026 ... 12

Ländernotizen 12

Deutschland: Wirtschaft mit positiven Signalen ... 12

Israel: Tel Avivs Metrobau eröffnet Chancen für deutsche Zulieferer 12
Japan: Investitionen in Halbleiterchemikalien und Arzneimittel 13
Kanada: Autonome Systeme halten Einzug in Bergbau und Logistik 13
Malta: Neue Perspektiven für deutsche Unternehmen im Offshore-Energiemarkt 13
Norwegen: Investitionen in Krankenhäuser und digitale Versorgung 14

Veröffentlichungen 14

DIHK-Papier zu Kanada 14
EU-Bericht zum FDI-Screening 14
EU-Bericht zur Umsetzung der Handelsabkommen 2025 15
EU-Handelsschutzbericht 15

Verschiedenes 15

Deutsch-Britische Forschungs- und Entwicklungsprojekte 15
Einschätzungen der DIHK zum Chinageschäft 16
EU sucht Unternehmen für Praxistests des EUDR-Informationssystems 16
Horizon Europe: 500 Millionen Euro zusätzlich für Forschung und Innovation 16
Umfrage zu Nullbescheiden und Ausfuhranträgen 16

Impressum 17

Seminare

03.11.2026	Webinar	Umsatzsteuer International
12.11.2026	Webinar	Lieferantenerklärungen 2026
26.11.2026	Webinar	Einreihen von Waren in den Zolltarif

Veranstaltungen und Unternehmerreisen

Webinar „Fit für Zentralasien“ am 3. November

Sie wollen mit Ihrem Unternehmen den Markt in Kasachstan oder Usbekistan erfolgreich erobern? In Zusammenarbeit mit der Delegation der Deutschen Wirtschaft für Zentralasien helfen IHKs in Schleswig-Holstein und Niedersachsen am 3. November von 10 bis 11 Uhr mit einer ersten Orientierung bei Expansionsplänen in diese Länder weiter. Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der IHK Flensburg.

Webinar „Die USA nach den Midterms“ am 5. November

Am 3. November 2026 finden in den USA die sogenannten Midterms statt. Diese Zwischenwahlen gelten als wichtiger Stimmungstest für US-Präsident Trump. Der Ausgang der Wahlen wird wesentlich bestimmen, wie die weitere Amtszeit der US- Administration aussehen wird. Derzeit haben die Republikaner eine Mehrheit sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus. Wie sehen die Machtverhältnisse nach der Wahl aus? Die Zwischenwahlen finden alle vier Jahre statt, jeweils zur Mitte einer Präsidentschaft. Gewählt werden die Abgeordneten des Repräsentantenhauses sowie etwa ein Drittel des US-Senats. Aber was bedeuten nun die ersten Ergebnisse der Midterms konkret für die USA, die internationale Handelsgemeinschaft und insbesondere für die deutsche Wirtschaft? Bei dem Webinar der IHK Düsseldorf wird Dr. Christoph Schemionek, Delegierter der Deutschen Wirtschaft in Washington (AHK USA Washington), live aus der US-Hauptstadt berichten und eine erste Einschätzung direkt nach den Zwischenwahlen und den ersten vorliegenden Ergebnissen vornehmen. Er gibt eine erste Einordnung, was diese für die aktuelle politische und wirtschaftliche transatlantische Entwicklung bedeuten. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der Webseite der IHK Düsseldorf.

Wirtschaftsdialog „China & Nordwest“ am 10. November in Emden

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und China stehen derzeit vor vielfältigen Herausforderungen. Geopolitische Entwicklungen und veränderte Handelsbedingungen prägen den aktuellen Dialog. Gleichzeitig bleibt China ein bedeutender Handelspartner und wichtiger Markt für die deutsche Wirtschaft. Gerade deshalb sind ein offener Austausch und persönliche Kontakte von besonderer

Bedeutung. Gemeinsam mit der Oldenburgischen IHK laden wir Sie herzlich ein zu unserer Veranstaltung „China & Nordwest – Wirtschaftsdialog und Networking in den Zukunftsbranchen Maritime Wirtschaft und Logistik“ am 10. November 2026, 15 bis 17:30 Uhr, in der in Emden. Im Mittelpunkt stehen die Maritime Wirtschaft und die Logistik. Zwei Branchen, die für den Nordwesten Niedersachsens eine besondere Bedeutung haben und zugleich interessante Anknüpfungspunkte für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China bieten. Nach kurzen Impulsen zu wirtschaftlichen Chancen und regionalen Stärken bietet die Veranstaltung Gelegenheit zum persönlichen Austausch und zur Vernetzung mit chinesischen und regionalen Wirtschaftsvertretern. Die Veranstaltung bietet die Möglichkeit, bestehende Kontakte zu vertiefen, neue Verbindungen zu knüpfen und Einblicke in die jeweiligen wirtschaftlichen Interessen und Rahmenbedingungen zu gewinnen. Weitere Informationen und eine kostenfreie Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der Webseite der Oldenburgischen IHK. Die Veranstaltung findet in englischer Sprache statt.

Digitale Informationsveranstaltungen zur Reform des Unionszollkodex

Die Reform des Unionszollkodex ist am 21. September 2026 in Kraft getreten und soll schrittweise bis zum Jahr 2034 umgesetzt werden. Mit dem Reformvorhaben sollen Zollverfahren modernisiert, der Warenverkehr an den Außengrenzen besser überwacht und die Flut von E-Commerce-Sendungen aus Fernost eingedämmt werden. Kernstücke der Reform sind die Einführung eines europaweiten EU Customs Data Hub, die Schaffung einer Europäischen Zollbehörde sowie ein stärker harmonisiertes, datenbasiertes Risikomanagement, das Zollabwicklung und Zollkontrollen effizienter und einheitlicher gestalten soll. Um Unternehmen frühzeitig über die anstehenden Änderungen und deren praktische Auswirkungen zu informieren, bieten die deutschen Wirtschaftsverbände gemeinsam mit der Generalzolldirektion (GZD) eine kostenlose digitale Informationsreihe an. In drei Online-Veranstaltungen erläutern Referenten der GZD die wesentlichen Inhalte der UZK-Reform, den aktuellen Stand des Umsetzungsprozesses sowie die Auswirkungen auf Unternehmen und Wirtschaftsbeteiligte. Im Anschluss an den Vortrag besteht die Möglichkeit, Fragen zu stellen und sich über die praktischen Konsequenzen der Reform auszutauschen.

Termine:

16. November 2026, 10:30 Uhr-12:00 Uhr - Anmeldung
27. November 2026, 10:30 Uhr -12:00 Uhr - Anmeldung
14. Dezember 2026, 10:30 Uhr-12:00 Uhr - Anmeldung
Wichtiger Hinweis: Die Inhalte aller drei Veranstaltungen sind identisch.

Business-Roundtable Australien am 18. November in Emden

Beim „Business-Roundtable Australien: Geschäftschancen für Unternehmen im Asien-Pazifik-Raum“ am 18. November 2026 von 10 bis 12 Uhr in der IHK in Emden erhalten Sie einen kompakten Überblick über aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen in Australien und erfahren, welche Marktchancen sich bieten. Australien zählt zu den dynamischsten Volkswirtschaften im Indo-Pazifik und gewinnt als strategischer Partner für deutsche Unternehmen zunehmend an Bedeutung. Neben einem attraktiven Binnenmarkt bietet das Land Zugang zu einer der wachstumsstärksten Wirtschaftsregionen der Welt. Als rohstoffreiches Land spielt Australien zudem eine wichtige Rolle bei der Sicherung des Zugangs zu kritischen Mineralien. Neue Perspektiven eröffnet das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Australien, das im März dieses Jahres unterzeichnet wurde: 99 % der Zölle sollen wegfallen. Das eröffnet dem deutschen Mittelstand enorme Chancen - etwa in spezialisierten Nischen im hochwertigen Zulieferbereich und bei technologischen Individuallösungen. Weiteres zu der kostenfreien Veranstaltung und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der Webseite der IHK für Ostfriesland und Papenburg.

Market Access Day am 18. November in Hamburg

Der Market Access Day am 18. November von 9 bis 14:15 Uhr in der Handelskammer Hamburg bietet Unternehmen einen kompakten Überblick über aktuelle Entwicklungen in der EU-Handelspolitik, den Stand der EU-Handelsabkommen sowie die Instrumente zur Erschließung von Drittlandsmärkten. Zugleich werden diese Themen in ihren geo- und wirtschaftspolitischen Kontext eingeordnet. Neben Impulsen aus Politik und Wirtschaft bietet die Veranstaltung Gelegenheit zum fachlichen Austausch und zur Vernetzung. Weitere Informationen und die Registrierung finden sie auf der Webseite der Handelskammer Hamburg.

Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum am 20. November in Berlin

Gemeinsam mit der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine) und dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) organisiert die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) am 20. November 2026 in ihren Räumen in Berlin das diesjährige Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum. Das Motto: "Key Sectors. Shared Future". Ab 10 Uhr werden im Haus der Deutschen Wirtschaft deutsche und ukrainische Unternehmensvertreter gemeinsam mit hochrangigen politischen Entscheidungsträgern über die Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit diskutieren. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere die wirtschaftliche Resilienz, die Rolle des privaten Sektors beim Wiederaufbau, die Transformation der Verteidigungsindustrie sowie Zukunftssektoren für die weitere Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit. Die Veranstaltungssprachen sind Deutsch, Ukrainisch und Englisch, wobei eine Simultanübersetzung angeboten wird. Wegen der begrenzten Raumkapazitäten behalten sich die Organisatoren das Recht vor, bei Überschreitung der Anmeldezahlen die Teilnehmerzahl pro Organisation zu beschränken oder eine Auswahl zu treffen. Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der DIHK.

Webinar „CBAM - Neue Entwicklungen und Praxistipps“ am 26. November

In dem Webinar am 26. November von 10 bis 11:30 Uhr erfahren Sie, welche Anforderungen an die CBAM-Verifizierung gestellt werden und wie der Verifizierungsprozess abläuft. Zudem wird erläutert, welche wirtschaftlichen Vorteile verifizierte Emissionsdaten aus der Lieferkette bieten und wie sich Unternehmen optimal auf die Verifizierung vorbereiten können. Darüber hinaus erhalten Sie einen Überblick über die regulatorischen Anforderungen an CBAM-Zertifikate sowie praktische Hinweise, wie Importeure deren Beschaffung und Bestandsmanagement angesichts volatiler Preise, schwankender Importmengen und regulatorischer Vorgaben kostenoptimiert gestalten können. Weitere Informationen und eine kostenfreie Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der Webseite der Oldenburgischen IHK.

Veranstaltung „Marokko - Geschäftschancen und Investitionspotential“ am 27. November in Oldenburg

Der deutsch-marokkanische Warenhandel gewinnt weiter an Bedeutung. Im Jahr 2025 stieg das bilaterale Handelsvolumen auf rund 7,37 Milliarden Euro, gegenüber 6,72 Milliarden Euro im Vorjahr. Besonders dynamisch entwickelten sich die deutschen Ausfuhren nach Marokko, die von rund 3,49 Milliarden Euro auf etwa 3,9 Milliarden Euro zunahmen. Auch die deutschen Importe aus Marokko erhöhten sich und erreichten rund 3,47 Milliarden Euro. Diese Entwicklung unterstreicht die wachsende wirtschaftliche Verflechtung beider Länder und verdeutlicht das Potenzial des marokkanischen Marktes für deutsche Unternehmen. Insbesondere die steigende Nachfrage nach deutschen Waren eröffnet Anknüpfungspunkte für Unternehmen, die neue Absatzmärkte erschließen, internationale Lieferbeziehungen ausbauen oder ihre Aktivitäten in Nordafrika weiterentwickeln möchten. Auch für die Fachkräftegewinnung ist Marokko ein

Schwerpunktland für Niedersachsen. Bei der Veranstaltung am 27. Oktober von 10 bis 12 Uhr in Oldenburg wird Silke Kunstreich, Geschäftsführerin der AHK Marokko, Marokkos Geschäfts- und Investitionspotential vorstellen und über die Fachkräftemigration berichten. Anschließend wird es Zeit für Fragen und einen Austausch geben. Weitere Informationen und eine kostenfreie Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der Webseite der Oldenburgischen IHK.

Veranstaltung „Geopolitisches Risikomanagement in der Praxis“ am 2. Dezember in Oldenburg

Neue Zölle, Sanktionen und internationale Konflikte können Lieferketten beeinträchtigen, Absatzmärkte verändern und Investitionen erschweren. Wie können Unternehmen diese Entwicklungen frühzeitig einordnen und bei ihren Entscheidungen berücksichtigen? Die Informationsveranstaltung „Geopolitische Risiken erkennen – unternehmerisch handlungsfähig bleiben. Geopolitisches Risikomanagement in der Praxis“ am 2. Dezember von 16 bis 18:30 Uhr in der Oldenburgischen IHK greift genau diese Fragen auf. Prof. Dr. Peter Eitel, Gastprofessor am LCCS der Leuphana Universität Lüneburg, ordnet in seinem Fachbeitrag aktuelle geopolitische Entwicklungen ein und erläutert mögliche Auswirkungen auf mittelständische Unternehmen. Professor Eitel verfügt über langjährige Erfahrung in der geopolitischen Risikoberatung. Im Mittelpunkt stehen pragmatische Ansätze, mit denen Unternehmen Risiken begrenzen, Chancen erkennen und ihre Widerstandsfähigkeit stärken können. Weitere Informationen und eine kostenfreie Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der Webseite der Oldenburgischen IHK.

Informationstag Exportkontrolle am 10. Dezember in Frankfurt/M.

Am 10. Dezember 2026 findet in Frankfurt am Main der Informationskontrolltag des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) statt. Auch in diesem Jahr wird die Veranstaltung wieder als Livestream angeboten. Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite des BAFA.

Deutsch-Französischer Wirtschaftstag am 11. Dezember in Berlin

Der Deutsch-Französische Wirtschaftstag findet am 11. Dezember 2026 von 08:30 bis 13:45 Uhr in der European School of Management and Technology in Berlin statt. Es erwarten Sie hochrangige Führungskräfte, Expertinnen und Experten sowie Entscheidungsträger aus Deutschland und Frankreich, um gemeinsam über die zentrale Herausforderung für eine gemeinsame Zukunft zu diskutieren: „Europas Zukunft sichern“. Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der AHK Frankreich.

Delegationsreise nach Japan, 30. Januar bis 6. Februar 2027

Die IHKs Ostfriesland und Papenburg, Braunschweig und Elbe-Weser führen vom 30. Januar bis zum 6. Februar 2027 eine Delegationsreise nach Japan durch. Ziel der Reise sind die Hauptstadt Tokio sowie Sapporo auf der nördlichen Insel Hokkaido. Die Delegationsreise bietet die Möglichkeit, sich aus erster Hand über aktuelle Entwicklungen und Kooperationspotenziale in den Bereichen KI und Robotik, Halbleitertechnologie, Maritime Wirtschaft und Smart Farming zu informieren - mit konkreten Anknüpfungspunkten für die hiesige Industrie. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der Webseite der IHK für Ostfriesland und Papenburg. **Anmeldeschluss ist der 25. November 2026.**

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Deutschland: Änderungen in der Außenwirtschaftsverordnung

Mit der 23. Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) setzt die Bundesregierung europäische und völkerrechtliche Vorgaben in nationales Recht um. Die Veröffentlichung ist am 16. Oktober 2026 im Bundesgesetzblatt I erfolgt. Die Zielsetzung der Veränderung ist nationale Außenwirtschafts-regelungen an europäische und internationale Vorgaben anzupassen und einheitliche Standards zu stärken. Die wesentlichen Änderungen im Überblick:

- Russland-Sanktionen: Umsetzung der EU-Sanktionsstrafrechtsrichtlinie mit neuen Sanktionen und Bußgeldern sowie klarer Abgrenzung zum Strafrecht.
- Behördliche Ausnahmen: Erweiterte Möglichkeiten für Behörden, Güter für dienstliche Zwecke in Embargoländer aus- oder durchzuführen. Die grundsätzliche Genehmigungspflicht bleibt bestehen.
- Aktualisierte Ausfuhrliste: Neufassung und Anpassung an EU-weite Dual-Use-Regelungen. Doppelte nationale Listungen entfallen; zugleich wird die neue Güterlistung 2B905 eingeführt.
- Simbabwe: Aufhebung des nationalen Waffenembargos, da EU-Recht den Bereich bereits abdeckt.
- Syrien: Aufhebung bestimmter Ausfuhrbeschränkungen für Dual-Use-Güter im Zuge der Lockerung von EU-Sanktionen.

Quelle: Bundesregierung

Deutschland: EORI-Nummer nur noch über ATLAS

Seit dem 1. Oktober 2026 ist die Nutzung des Zoll-Portals ATLAS für die Beantragung, Änderung von Stammdaten sowie für die Beendigung einer EORI-Nummer verpflichtend.

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

Deutschland: Verpflichtende Nutzung von ATLAS-ZELOS in der Einfuhr ab 1. Februar 2028

Die ATLAS-Teilnehmerinfo 1003/2026 verweist unter anderem darauf, dass der ursprünglich geplante Einführungszeitpunkt aufgrund strategischer Entscheidungen vom 1. Juli 2027 auf den 1. Februar 2028 verschoben wurde. ZELOS ermöglicht die medienbruchfreie elektronische Übermittlung von Unterlagen, wie beispielsweise Rechnungen, Lizenzen oder Ursprungszeugnissen an ATLAS, und trägt damit zu einer effizienten und zukunftsorientierten Abwicklung von Zollverfahren bei. Eine Übersicht der Nachrichtengruppen, für die ab dem 1. Februar 2028 die jeweilige ZELOS-Nachrichtengruppe verpflichtend zu nutzen sein wird, kann auf der Webseite des Zolls hinsichtlich der Teilnahme an ATLAS entnommen werden.

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

EU: Abfertigungspauschale bei der Einfuhr von Sendungen im e-Commerce

Der deutsche Zoll hat in seiner ATLAS – Info 1018/2026 weitere Einzelheiten zum genauen Verfahrensablauf bei der Einfuhr von Waren mitgeteilt, die im Fernabsatzverkehr (e-Commerce) unter 150 Euro aus Drittgebieten oder Drittländern in die EU importiert werden. Grundsätzlich ist bei Importen im e-Commerce von unter 150 Euro sind seit dem 1. Juli 2026 drei Euro pro Warenkategorie vorgesehen. Zusätzlich kommt jetzt ab dem 1. November 2026 eine Abfertigungspauschale in Höhe von zwei Euro hinzu. Die Abfertigungspauschale, die je Position der Zollanmeldung erhoben und sowohl in ATLAS IMPOST wie auch in ATLAS Zollbehandlung transaktionsbezogen vorgenommen wird, entsteht grundsätzlich mit der Annahme der Zollanmeldung und ist nicht erstattungsfähig. Ab dem 1. November ist zudem bei Sendungen mit einem Sachwert bis zu 150 Euro verpflichtend die sogenannte Produktkennung als zusätzliche Angabe in der Zollanmeldung erforderlich. Die Produktkennung unterteilt sich in:

- "Händler-Produktkennung"; z.B. Artikelnummer der Online-Plattform,
- "nicht standardisierte Hersteller-Produktkennung"; z.B. Modellnummer und
- "standardisierte Hersteller-Produktkennung"; z.B. GTIN, EAN, ISBN oder UPC.

Weitere Einzelheiten enthält die ATLAS-Teilnehmerinformation 0984/2026 vom 20. August 2026.

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

EU: Änderungen bei der A1-Bescheinigung geplant

Seit Die EU plant umfangreiche Änderungen bei der A1-Bescheinigung. Kurze Geschäftsreisen sollen künftig teilweise ohne den sozialversicherungsrechtlichen Nachweis möglich sein. Für Unternehmen besonders relevant sind die geplante Vorabbeantragung der A1-Bescheinigung, die vorgesehenen Ausnahmen für bestimmte Kurzzeittätigkeiten sowie die Sonderregelungen für die Bauwirtschaft.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Andorra und San Marino unterzeichnen Assoziierungsabkommen

Die EU-Kommission hat am 19. Oktober 2026 ein Assoziierungsabkommen mit Andorra und San Marino unterzeichnet, wodurch beide Länder näher an die Europäische Union heranrücken und ein klarer, umfassender Rahmen für eine vertiefte wirtschaftliche und institutionelle Integration geschaffen wird. Das Abkommen eröffnet Andorra und San Marino den Zugang zum Binnenmarkt auf der Grundlage gemeinsamer Vorschriften und fairer Wettbewerbsbedingungen. Im Bereich der Finanzdienstleistungen wird die Integration schrittweise und unter spezifischen Bedingungen erfolgen.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Antidumpingzölle gegen chinesisches Erbsenprotein

Die EU-Kommission hat Antidumpingzölle auf Einfuhren von Erbsenprotein aus der Volksrepublik China verhängt. Die festgesetzten endgültigen Antidumpingzölle liegen zwischen 40,5 % und 67,1 % und gelten für fünf Jahre. Vorläufige Zölle waren bereits seit dem 29. April 2026 in Kraft.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Erleichterung für Einfuhren aus Armenien

Die Europäische Union gewährt Armenien seit dem 10. Oktober 2026 vorübergehend Handelspräferenzen. Knapp 80 Prozent der armenischen Exporte in die EU werden vorübergehend liberalisiert. Das betrifft fast alle Ausfuhren von frischem Obst, Gemüse und Blumen sowie mehr als 91 Prozent der Ausfuhren von Getränken und Spirituosen. Die Handelspräferenzen sind an Bedingungen geknüpft. Zudem sind Maßnahmen zum Schutz des EU-Marktes vorgesehen, falls sich die Einfuhren nachteilig auf in der EU ansässige Hersteller auswirken sollten.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Handelsvereinbarungen mit China

Am 8. und 9. Oktober 2026 wurde in Peking das zweite Treffen im Rahmen der Handels- und Investitionskonsultationen (TIC) zwischen der EU und China abgehalten. Beide Seiten einigten sich auf eine Liste von Ergebnissen und Vereinbarungen, die nun veröffentlicht wurden. Als wichtige Handelspartner bekräftigten beide Seiten, Differenzen im Rahmen der WTO-Regeln angemessen zu behandeln, und verpflichteten sich, weiterhin darauf hinzuarbeiten, die bilateralen Beziehungen zu stabilisieren und ausgewogener zu gestalten. Mit diesem Ziel vor Augen vereinbarten beide Seiten, im März 2027 das dritte Ministertreffen im Rahmen des TIC abzuhalten. Bis dahin wollen beide Seiten einen engen Austausch pflegen, unter anderem durch die Abhaltung einer Videokonferenz auf Ministerebene im Januar. Im Fokus der Gespräche standen insbesondere Exporte von Plugin-Hybridautos, Agrar-, Medizintechnik und Kosmetikgütern sowie der Umgang mit Exportkontrollen.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Neue zusätzliche Zölle auf Stahlerzeugnisse - Y-Codierungen

Der deutsche Zoll hat eine Übersicht zum neuen EU-Stahlinstrument veröffentlicht. Besonders relevant sind die nun für Nachweise des Landes des Schmelzens und Gießens (Melt and Pour) festgelegten Y-Codierungen für Walzwerkbescheinigungen. Werden innerhalb der Übergangsfrist von einem Jahr bis Ende September 2027 alternative Nachweise vorgelegt, so wurden auch für diese die Y-Codierungen festgelegt. Beide Nachweise müssen zwingend (a) das Land des Schmelzens und Gießens, und (b) die Schmelznummer enthalten. Die Durchführungsverordnung (EU) 2026/1963 sieht bei der Nachweisführung über einen der alternativen Nachweise eine zwingende Vorlage bei der Zollstelle und eine entsprechende Überprüfung vor. Hintergrund sind die EU-Schutzmaßnahmen für bestimmte Stahlimporte aus Drittländern, die seit dem 1. Juli 2026 gelten. Vorgesehen sind zollfreie Einfuhrkontingente, für Importe außerhalb der Kontingente fällt ein Zollsatz von 50 Prozent an. Für Unternehmen besonders relevant: Seit dem 1. Oktober 2026 müssen bei der Einfuhr Angaben zum Schmelz- und Gießland des Stahls gemacht und entsprechende Nachweise vorgelegt werden. Fehlen die erforderlichen Angaben, kann die Einfuhr abgelehnt werden. Maßgeblicher Nachweis ist grundsätzlich die Walzwerksbescheinigung – übergangsweise sind unter bestimmten Voraussetzungen auch alternative Dokumente möglich. Weitere Einzelheiten enthält die Durchführungsverordnung (EU) 2026/1963

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

EU: Parlament positioniert sich zu China-Handelsbeziehungen

Am 7. Oktober 2026 hat das Europäische Parlament sich dahingehend positioniert, dass dringend Maßnahmen gegen die Instrumentalisierung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der EU von China ergriffen werden müssen, verbunden mit einer konsequenten Strategie zur Risikominderung, die sich auf kritische Rohstoffe, Arzneimittel, Batterien, Elektrofahrzeuge, Informations- und Kommunikationstechnologie, Halbleiter und andere strategische Sektoren konzentriert. Die Europaabgeordneten fordern zudem eine strengere Investitionsprüfung sowie den Schutz kritischer Technologien, Infrastrukturen und Lieferketten und identifizieren Chinas staatliche Subventionen und Beschränkungen des Zugangs europäischer Unternehmen zum chinesischen Markt als wachsende Herausforderungen für die EU-Wirtschaft. Die Europaabgeordneten fordern schließlich Reziprozität und gleiche Wettbewerbsbedingungen im Handel und bei Investitionen und befürworten EU-Maßnahmen, falls China seinen Markt nicht öffnet.

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

EU: Schutzmaßnahmen gegen Einfuhren von kornorientiertem Elektrostahl

Die Europäische Kommission hat vorläufige Schutzmaßnahmen für Einfuhren von kornorientierten Elektrostahlprodukten in Form von Zollkontingenten in Verbindung mit Preisgrenzen verhängt.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Veröffentlichung der Zollreform im Amtsblatt

Die Europäische Union hat die bislang größte Reform ihres Zollrechts seit Jahrzehnten endgültig beschlossen. Ziel ist es, den Zoll an den stark wachsenden Online-Handel anzupassen, die Kontrollen unsicherer Produkte zu verbessern und die Zollabwicklung stärker zu digitalisieren. Die Veröffentlichung ist nun in der Verordnung (EU) Nr. 2026/2108 erfolgt.

Quelle: Europäische Kommission

Moldau: Digitales Carnetverfahren ab 1. Januar 2027

Die Internationale Handelskammer (ICC) in Paris hat die DIHK darüber informiert, dass das digitale Carnetverfahren (eATA Carnet) in Moldau zum 1. Januar 2027 offiziell eingeführt wird. Ab diesem Zeitpunkt werden Carnetinhaber bei der Einfuhr in Moldau aufgefordert, einen QR-Code vorzulegen. Eine Übersicht aller Länder, die bereits am digitalen Carnetverfahren teilnehmen, ist auf der Webseite der ICC hinterlegt.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

Niederlande: Häufig gestellte Fragen zur PPWR

Seit Inkrafttreten der neuen Packaging and Packaging Waste Regulation (PPWR) stellen sich deutschen Unternehmen, die verpackte Produkte in den Niederlanden auf den Markt bringen, zahlreiche Fragen. Wer muss sich bei registrieren? Ist ein bevollmächtigter Vertreter erforderlich? Die Deutsch-Niederländische Handelskammer (DNHK) gibt einen Überblick über die wichtigsten Fragen und zeigt auf, was deutsche Unternehmen beachten sollten.

Quelle: Deutsch-Niederländische Handelskammer (DNHK)

Philippinen: Einigung auf Handelsabkommen mit der EU

Die Europäische Union und die Philippinen haben sich am 22. September 2026 im Grundsatz auf ein Freihandelsabkommen verständigt. Die Vereinbarung soll für Unternehmen auf beiden Seiten neue Exportmärkte erschließen und Lieferketten stabiler machen. Geplant ist die Liberalisierung von über 94 % der Zolltariflinien. Das Abkommen soll Marktzugang, Investitionen und öffentliche Beschaffung erleichtern und Lieferketten stärken. Die Verhandlungen sollen in den kommenden Monaten abgeschlossen werden.

Quelle: Europäische Kommission

Vereinigte Arabische Emirate: Digitales Carnetverfahren ab 9. November 2026

Die Internationale Handelskammer (ICC) in Paris hat darüber informiert, dass das digitale Carnetverfahren (eATA Carnet) in den Vereinigten Arabischen Emiraten zum 9. November 2026 offiziell eingeführt wird. Ab diesem Zeitpunkt werden Carnetinhaber bei der Einfuhr in die Emirate aufgefordert, einen QR-Code vorzulegen. Eine Übersicht aller Länder, die bereits am digitalen Carnetverfahren teilnehmen, ist auf der Webseite der ICC hinterlegt.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

Ländernotizen

Deutschland: Wirtschaft mit positiven Signalen

Verschiedene positive Signale vermeldet die deutsche Wirtschaft. Laut vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes für den August stieg der Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbe im August 2026 preis- und kalenderbereinigt um ganze +10,7 % im Vergleich zum Vorjahresmonat. Zudem wird das Geschäftsumfeld in vielen Sektoren positiv beurteilt, wie zwei Umfragen des ifo-Instituts aus dem Oktober zeigen. Die Stimmung unter den deutschen Exporteuren stieg laut der Befragung „ifo Exporterwartungen“ auf den höchsten Wert seit Februar 2022. Besonders zuversichtlich seien die Hersteller elektrischer Ausrüstungen sowie von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen. Im Maschinenbau bleiben die Unternehmen optimistisch. Auch im Maschinenbau bleiben die Unternehmen optimistisch. In der Metallerzeugung und -bearbeitung haben sich die Exportaussichten ebenfalls verbessert. Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Zahl der Neuaufträge gestiegen, Industrieunternehmen planen daher, ihre Produktion zu steigern. Die Geschäftserwartungen in den Sektoren Handel und Baugewerbe verbesserten sich ebenfalls. Dabei entwickelte sich der Großhandel besser als der Einzelhandel.

Weitere Informationen: ifo Geschäftsklimaindex gestiegen (Oktober 2026)

Quelle: ifo Institut

Israel: Tel Avivs Metrobau eröffnet Chancen für deutsche Zulieferer

Die für Planung und Bau der Metro in Tel Aviv zuständige staatliche Gesellschaft NTA (Metropolitan Mass Transit System) hat das Präqualifikationsverfahren für den Tunnelbau (Infra 1) abgeschlossen. Diese Bauphase umfasst rund die Hälfte des geplanten Metronetzes. Vorgesehen sind 75 Kilometer

Doppeltunnelstrecken und 59 unterirdische Stationen. Die Kosten werden auf 20 Milliarden US-Dollar geschätzt. Deutsche Anbieter können sich jetzt bei den Bewerbergruppen als potenzielle Zulieferer positionieren.

Weitere Informationen: Tel Avivs Metrobau eröffnet Chancen für deutsche Zulieferer

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Japan: Investitionen in Halbleiterchemikalien und Arzneimittel

Die japanische Regierung unterstützt die Halbleiter- und Batterieindustrie mit hohen Fördermitteln. Beide Branchen sollen im Inland Kapazitäten aufbauen, wofür sie mehr Chemikalien benötigen. Teil der japanischen Wachstumsstrategie ist zudem, die Produktion von Pharmazeutika zu stärken. In der Spezialchemie bauen japanische Firmen ihr Angebot aus. Einige von ihnen zählen in ihren Nischen zu den Weltmarktführern. Beispiele sind die Halbleiterchemie, Batteriechemikalien und Kohlenstofffasern. Japanische Unternehmen investieren zudem kräftig in Forschung und Entwicklung. Zusätzlich zum organischen Wachstum kaufen sie Firmen zu. Damit wollen sie ihr Produktportfolio stärken und weitere Marktanteile gewinnen.

Weitere Informationen: Japan investiert in Halbleiterchemikalien und Arzneimittel

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Kanada: Autonome Systeme halten Einzug in Bergbau und Logistik

In Albertas Ölsandminen fahren Schwerlast-Lkw ohne Fahrer durch riesige Tagebaue. In Ontarios Goldbergbau übernehmen digital gesteuerte Muldenkipper und Bohrgeräte immer mehr Aufgaben. Und im Großraum Toronto sollen Lastwagen Waren auf festgelegten Routen autonom zwischen Verteilzentren und Filialen transportieren. Damit entstehen Geschäftsmöglichkeiten für Anbieter von Automatisierungs-, Kommunikations-, Sensorik- und Steuerungstechnik. Hinter den Fahrzeugen steht eine Vielzahl weiterer Technologien. Benötigt werden Kommunikationsnetze, Ortungssysteme, Steuerungssoftware und andere Lösungen, die den sicheren Betrieb solcher Systeme ermöglichen.

Weitere Informationen: Autonome Systeme halten Einzug in Kanadas Bergbau und Logistik

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Malta: Neue Perspektiven für deutsche Unternehmen im Offshore-Energiemarkt

Malta steht vor einem umfassenden Umbau seiner Energieversorgung. Begrenzte Flächen für erneuerbare Energien, ein steigender Strombedarf und die starke Abhängigkeit von Energieimporten aus Italien stellen die Insel vor energiepolitische Herausforderungen. Gleichzeitig investiert Malta in den Ausbau seiner Energieinfrastruktur. Zu den zentralen Vorhaben gehören die geplante Entwicklung erster schwimmender Offshore-Windparks mit einer Kapazität von 280 bis 320 Megawatt, weitere Stromverbindungen nach Sizilien und der Aufbau von Batteriespeicherkapazitäten. Für deutsche Unternehmen ergeben sich daraus Geschäftsperspektiven in der Energieerzeugung, Netzinfrastruktur und bei technischen Dienstleistungen.

Weitere Informationen: Malta: Neue Perspektiven für deutsche Unternehmen im Offshore-Energiemarkt

Quelle: Exportinitiative Energie

Norwegen: Investitionen in Krankenhäuser und digitale Versorgung

Norwegen verfügt über eines der leistungsfähigsten und finanzstärksten Gesundheitssysteme Europas. Der Gesundheitssektor wird überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert. Daher bestimmen staatliche Investitionsentscheidungen, Krankenhausbudgets und gesundheitspolitische Prioritäten die Nachfrage nach Medizintechnik maßgeblich. Rund 90 Prozent der Medizintechnikbeschaffungen erfolgen über öffentliche Einrichtungen. Mit einem Marktvolumen von mehr als zwei Milliarden Euro zählt Norwegen trotz seiner geringen Bevölkerungszahl zu den attraktivsten Medizintechnikmärkten Nordeuropas. Neben dem Ausbau der Gesundheitsinfrastruktur fördert die Regierung zunehmend Gesundheitsinnovationen und digitale Versorgungslösungen. Marktanalysen erwarten bis 2030 jährliche Wachstumsraten von bis zu 5 %. Für Anbieter von Medizintechnik, Digital-Health-Anwendungen und Automatisierungslösungen ergeben sich günstige Wachstumsperspektiven.

Weitere Informationen: Norwegen investiert in Krankenhäuser und digitale Versorgung

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Veröffentlichungen

DIHK-Papier zu Kanada

Kanada entwickelt sich angesichts geopolitischer Spannungen und der Neuordnung globaler Lieferketten zu einem strategischen Partner für die EU. Die DIHK hat ein Impulspapier veröffentlicht, um die Partnerschaft auf eine neue Stufe zu heben.
Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

EU-Bericht zum FDI-Screening

Der sechste Jahresbericht über die Prüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union zeigt, dass die Zahl der Meldungen zwischen 2024 und 2025 um 40 % gestiegen ist – der höchste jährliche Anstieg seit Einführung des Mechanismus. Rechtlicher Hintergrund dieser Maßnahmen ist die FDI-Screening-Verordnung der EU, die einen unionsrechtlichen Rahmen für die Ausgestaltung der mitgliedstaatlichen Investitionskontrolle gibt. Im Jahr 2025 meldeten die EU-Mitgliedstaaten der Kommission demnach 667 Investitionen, gegenüber 477 Meldungen im Jahr 2024. Die fünf Sektoren mit der höchsten Anzahl an Meldungen im Jahr 2025 waren das verarbeitende Gewerbe (27 % aller Transaktionen), Informations- und Kommunikationstechnologien (19 %), Finanzdienstleistungen (17 %), Groß- und Einzelhandel (13 %) sowie freiberufliche Tätigkeiten (8 %). 12 % der der Kommission gemeldeten Investitionen erforderten eine eingehende Sicherheitsrisikobewertung – ein Anstieg um 4 % gegenüber dem Vorjahr. Dies zeigt, dass immer mehr Transaktionen aus Gründen der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung als sensibel eingestuft werden. Die meisten dieser Fälle betrafen das verarbeitende Gewerbe, auf das 53 % aller Transaktionen entfielen (gegenüber 50 % im Jahr 2024). Der zweitgrößte Sektor war der Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien, auf den fast ein Fünftel aller eingehenden Prüfungen entfiel (derselbe Anteil wie im Jahr 2024).

Quelle: Europäische Kommission

EU-Bericht zur Umsetzung der Handelsabkommen 2025

Am 28. September 2026 hat die EU-Kommission ihren Jahresbericht für die Umsetzung der EU-Handelsabkommen im Jahr 2025 veröffentlicht. Ende 2025 hatte die EU 44 Präferenzhandelsabkommen mit 76 Ländern geschlossen, was 46,3 % des Außenhandels der EU entspricht. Der Warenhandel mit diesen Partnerländern nahm schneller zu als der gesamte Handel der EU mit anderen Drittländern (um 3,1 % gegenüber 1,4 %). Im Jahr 2025 stiegen die Agrar- und Lebensmittelausfuhren der EU in Länder mit einem Handelsabkommen um 4,6 %, während die Ausfuhren in nichtpräferenzielle Partner um 3,6 % zurückgingen. Im Berichtszeitraum stiegen die Warenausfuhren der EU in Partnerländer mit Freihandelsabkommen um 250 Milliarden Euro. Auf die Präferenzhandelspartner entfällt ein Viertel der EU-Einfuhren kritischer Rohstoffe. So stiegen beispielsweise zwischen 2024 und 2025 die Einfuhren kritischer Rohstoffe aus Kanada in die EU wertmäßig um 62 % auf 3,3 Milliarden Euro.

Quelle: Europäische Kommission

EU-Handelsschutzbericht

Am 18. September 20926 die EU-Kommission den Handelsschutzbericht für das Jahr 2025 veröffentlicht. 2025 startete die EU-Kommission 32 neue Untersuchungen (15 davon gegen China) und setzte 26 endgültige Maßnahmen um. Im Jahr 2025 erhöhte die EU die Zahl der geltenden Maßnahmen von 199 zu Beginn des Jahres auf 232 Maßnahmen zum Jahresende. 2025 waren 181 Handelsschutzmaßnahmen von Drittländern gegen EU-Ausfuhren in Kraft, 14 mehr als zu Beginn des Jahres. Davon waren 147 Antidumping-, 25 Antisubventions- und zwei Safeguard-Maßnahmen. 135 Maßnahmen betreffen China. Weitere betroffene Länder sind Russland (13), Indonesien (13), Indien (11), USA (8), Ägypten (7), Türkei (5). Im Jahr 2025 wurden 30 neue Untersuchungen gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten eingeleitet. Bei den bestehenden Maßnahmen gegen die EU und/oder Mitgliedstaaten stehen die USA mit 45 Maßnahmen an erster Stelle, gefolgt von der Türkei und China mit 25 bzw. 19 Maßnahmen. Weitere Länder mit einer hohen Zahl geltender Maßnahmen sind Brasilien, Kanada, Indonesien und Madagaskar mit jeweils zehn Maßnahmen.

Quelle: Europäische Kommission

Verschiedenes

Deutsch-Britische Forschungs- und Entwicklungsprojekte

Deutschland und das Vereinigte Königreich haben eine Ausschreibung zur Einreichung von Anträgen für gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte geöffnet. Diese konzentriert sich auf die Entwicklung innovativer Produkte, Verfahren oder technischer Dienstleistungen in allen Technologie- und Anwendungsbereichen, die ein hohes Marktpotenzial aufweisen. Die Fördermittel werden jeweils aus den nationalen Programmen bereitgestellt – in Deutschland durch das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM). Abgabefrist für die Anträge ist der 1. Dezember 2026.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Einschätzungen der DIHK zum Chinageschäft

China ist als Deutschlands wichtigster Handelspartner von zentraler Bedeutung für unsere Wirtschaft. Gleichzeitig verfolgt die Volksrepublik eine strategisch ausgerichtete Industrie- und Handelspolitik, die zu erheblichen Abhängigkeiten beigetragen hat. Das gilt für Deutschland und die EU vor allem mit Blick auf kritische Rohstoffe, Vorprodukte und Zukunftstechnologien. Bei einigen Produkten entfällt mehr als die Hälfte der deutschen Einfuhren auf chinesische Lieferanten. Die DIHK empfiehlt Unternehmen, Risiken aktiv zu managen und ihre Liefer- und Wertschöpfungsketten breiter aufzustellen. Dazu gehören der Aufbau zusätzlicher Lieferanten, die Erschließung neuer Absatz- und Beschaffungsmärkte sowie Investitionen in alternative Standorte. Viele Unternehmen verfolgen bereits eine „China-plus-X"-Strategie, bei der bestehende Aktivitäten in China durch zusätzliche Engagements in anderen Regionen ergänzt werden. Eine Einschätzung dazu liefert der Artikel Dos und Don'ts für das De-Risking der Wirtschaftsbeziehungen mit China. Die DIHK betont zugleich, dass wirtschaftliche Sicherheit nicht durch Abschottung, sondern durch Diversifizierung, offene Märkte, faire Wettbewerbsbedingungen und einen wettbewerbsfähigen Standort Europa erreicht wird. China bleibt damit ein wichtiger Wirtschafts- und Handelspartner – gleichzeitig gilt es, strategische Risiken zu begrenzen und Lieferketten widerstandsfähiger aufzustellen. Weitere Informationen dazu sind auf der Webseite der DIHK hinterlegt.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

EU sucht Unternehmen für Praxistests des EUDR-Informationssystems

Die Europäische Kommission sucht Unternehmen, die das EUDR-Informationssystem nutzen, für kurze Online-Praxistests. Ziel ist es, die Abgabe von Sorgfaltserklärungen künftig noch nutzerfreundlicher zu gestalten. Ausgewählte Unternehmen werden zu einer 45- bis 60-minütigen Online-Sitzung eingeladen, in der Entwürfe des Systems bewertet werden. Die Teilnahme ist freiwillig, anonym und nicht mit Kontrollen verbunden. Die Sitzungen finden in englischer Sprache statt.

Quelle: Europäische Kommission

Horizon Europe: 500 Millionen Euro zusätzlich für Forschung und Innovation

Das Förderprogramm „Horizon Europe" fördert wissenschaftliche Forschung, Innovation und Technologietransfer in Europa. Die Europäische Kommission stockt das Budget von Horizon Europe für die Jahre 2026 und 2027 um 500 Millionen Euro auf. Damit stehen für die beiden Jahre insgesamt rund 14,8 Milliarden Euro zur Verfügung.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

Umfrage zu Nullbescheiden und Ausfuhranträgen

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) und der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) erheben in einer gemeinsamen Umfrage die Erfahrungen von Unternehmen bei der Beantragung von Nullbescheiden und den Bearbeitungszeiten von Ausfuhranträgen. Ziel ist es, ein möglichst aussagekräftiges Bild aus der Unternehmenspraxis zu erhalten. Die Ergebnisse sollen genutzt werden, um den bestehenden Austausch mit den zuständigen Behörden und Ministerien gezielt fortzuführen und die Praxiserfahrungen aus der Wirtschaft in den Dialog einzubringen. Das Fristende für die Teilnahme ist der 13. November.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg

Ringstraße 4

26721 Emden

www.ihk-emden.de/international

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.